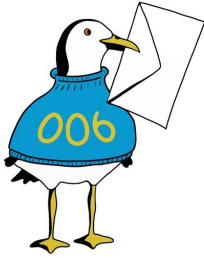


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

zum Auftakt in die neue Sitzungswoche fand unsere Fraktionssitzung am Montagabend in Leipzig statt. In Erinnerung an den **30. Jahrestag des Mauerfalls** und die von Leipzig ausgehende **Friedliche Revolution** war diese Sitzung eine ganz besondere. Zeigt unsere jüngste Geschichte doch immer wieder, was der Wille nach Freiheit und der Mut, dafür friedlich auf die Straße zu gehen, am Ende bewirken können.

Dass **Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit** sind, erleben wir derzeit mit Blick nach Syrien. Der Angriffskrieg der Türkei gegen die Kurden in Nordsyrien bringt unvorstellbares menschliches und humanitäres Leid in die Region. Eine Verurteilung des Handelns der Türkei reicht meines Erachtens nicht aus. Deutschland und Europa müssen ein **klares Zeichen nach Ankara** senden: Jegliches **Verbot von Rüstungsexporten** und ein **Ende der Beitrittsverhandlungen** zwischen der EU und der Türkei müssen ganz klar durchgesetzt werden.

Doch nicht nur das Thema Syrien beherrschte in der vergangenen Woche die Debatten. Der **Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle**, bei dem zwei Menschen ihr Leben lassen mussten, darf niemanden kalt lassen. **Antisemitismus** und **Fremdenfeindlichkeit** haben in unserer Gesellschaft **keinen Platz!** Umso wichtiger ist es, dass wir die **Demokratieverziehung** in der schulischen Bildung weiter stärken, damit junge Menschen politische und gesellschaftliche Fragen differenziert zu betrachten lernen.

Die Woche hatte allerdings auch gute Nachrichten zu bieten: Nach langem Tauziehen haben sich Bund und Länder auf eine **Reform der Grundsteuer** geeinigt. Mit den Stimmen von FDP und Grünen konnten wir die Reform diese Woche mit der nötigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag verabschieden.

Auch für den **besseren Schutz unserer Kinder im Netz** gehen wir voran. Die Versuchsstrafbarkeit des **Cybergroomings** - die gezielte Ansprachen von Kindern im Internet zwecks sexueller Kontakte - wird deutlich verschärft.

Und natürlich ging es auch wieder um unsere **Kommunen**. Für mich ist klar, dass wir sie **nicht mit den Kosten für das Klimapaket im Regen stehen** lassen dürfen. Als Unionsfraktion werden wir uns dafür im kommenden Gesetzgebungsprozess einsetzen.

Ich freue mich, dass Sie auch diese Woche wieder dabei sind und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Kennen Sie schon meinen **WhatsApp-Informationen-Service?**

Die Themen der Woche

Zur Lage in Syrien

Die **Lage im türkisch-syrischen Grenzgebiet** ist katastrophal. Tausende von Menschen sind erneut auf der Flucht. Durch die **Militäroffensive der Türkei gegen die Kurden** in Nordsyrien wird die Lage für die Menschen vor Ort immer bedrohlicher und die Region immer instabiler. **Deutschland und Europa** müssen ein **klares Signal an die Türkei** senden: Diesem **Krieg fehlt jede völkerrechtliche Legitimation**. Er sorgt dafür, dass das syrische Regime stabilisiert und die Rolle des Iran und Russlands in diesem Krieg gestärkt wird. Das kann nicht in unserem Interesse und dem der NATO sein, in der auch die Türkei Mitglied ist.

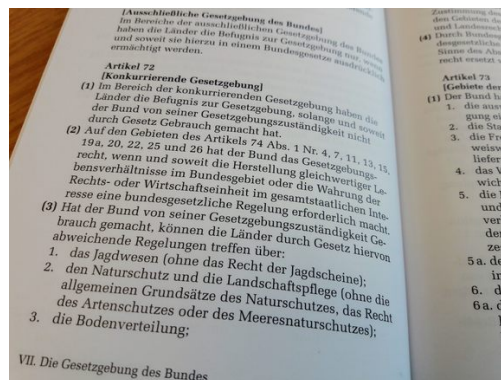
Wir müssen der Türkei ganz klar signalisieren, dass wir dieses Vorgehen nicht akzeptieren. Dazu gehört für mich das **Verbot von Rüstungsexporten in die Türkei** und auch, dass jedes weitere wirtschaftliche Engagement unter Vorbehalt gestellt werden muss. Ein **Ende der Beitrittsverhandlungen** mit der Europäischen Union ist meiner Meinung nach längst überfällig.

Unsere Kinder im Netz schützen

Diese Woche haben wir im Plenum über eine **Änderung des Strafgesetzbuches** debattiert. Wir wollen, dass die **Versuchsstrafbarkeit des sogenannten Cybergroomings** eingeführt wird. Cybergrooming ist die **gezielte Ansprache von Kindern im Internet mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen**. Minderjährige in dieser Form anzusprechen und sich ihr Vertrauen zu erschleichen, ist bereits strafbar. Der Straftatbestand greift bisher jedoch nicht, wenn der Täter lediglich glaubt, auf ein Kind einzuwirken, er aber mit einem Erwachsenen kommuniziert. Zum Beispiel mit einem Elternteil oder einem Polizeibeamten. Nun wird **bereits der Versuch unter Strafe gestellt**, um diese Fälle erfassen zu können.

Reform der Grundsteuer

Der Freitagvormittag stand ganz im Zeichen der **Grundsteuerreform**. Um dem Bund die konkurrierende Gesetzgebung für die Grundsteuer zu übertragen, mussten die Artikel **72, 105 und 125b** des Grundgesetzes geändert werden. Künftig haben die Länder die Befugnis, **abweichende landesrechtliche Regelungen bei der Grundsteuer** zu gewähren. Möglich macht das die sogenannte **"Öffnungsklausel"**.



In Zukunft soll für die Berechnung der Steuer der **Wert eines unbebauten Grundstücks** angenommen werden, die sogenannte **"Berechnungsgrundlage"**. Richtschnur ist dabei der **Bodenrichtwert**. Gutachterausschüsse, die regelmäßig und unabhängig tagen, sollen den Richtwert immer auf dem neusten Stand halten. Ist ein Grundstück bebaut, werden u.a. Miterträge zur Berechnung der Steuer herangezogen.

Um das **Verfahren zu vereinfachen**, wird für Ein- und Zweifamilienhäuser, Mietwohngrundstücke und Wohneigentum ein **vorgegebener durchschnittlicher Sollertrag eingeführt**. Grundlage dafür ist die Nettokaltmiete je Quadratmeter in Abhängigkeit von der Grundstückslage. Stichtag für die Feststellung des Grundwertes ist der 1. Januar 2022.

Die **Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben** erfolgt in Zukunft durch eine **standardisierte Bewertung der Flächen und Hofstellen**. Das Bewertungs- und Besteuerungsverfahren soll weitestgehend automatisiert erfolgen.

Auch in Zukunft können die **Gemeinden** die Höhe der Grundsteuer mit **örtlichen Hebesätzen** bestimmen. Wir appellieren hier aber die Gemeinden, die ausgleichende Wirkung des Hebesatzes auch anzuwenden. Nämlich dann, wenn es aufgrund der Neubewertung eines Grundstücks zu einer Belastungsverschiebung kommt.

Zu guter Letzt wollen wir mit der Reform die **Mobilisierung von baureifen Grundstücken** vorantreiben. Städte und Gemeinden sollen künftig die Möglichkeit erhalten, einen erhöhten, einheitlichen Hebesatz auf baureife Grundstücke festzulegen. Dadurch wollen wir einen **finanziellen Anreiz schaffen**, baureife Grundstücke einer sachgerechten und sinnvollen Nutzung zuzuführen.

Kurzum: Die Grundsteuer bleibt als **verlässliche Einnahmequelle der Kommunen** erhalten und stärkt gleichzeitig die Steuerautonomie der Länder. Ihre Erhebung wird jedoch weitestgehend automatisiert. Dadurch führen wir ein **zukunftsfähiges, einfaches, transparentes und nachvollziehbares Verwaltungsverfahren** für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ein.

Auswirkungen des Klimapakts auf die Kommunen

Bis zum Jahresende will das Bundeskabinett die zahlreichen **Maßnahmen des Klimapakts** auf den Weg bringen. Wir Abgeordneten sind im parlamentarischen Verfahren hier einmal mehr gefragt, genau im Auge zu behalten, dass die **Kosten nicht einseitig zulasten der Bürger, der Wirtschaft oder der Kommunen gehen**. Eine ausgleichende Lastenverteilung ist hier geboten.

Ganz besonders sollten wir auch hier an die Kommunen denken. Zwar profitieren sie von den geplanten Förderprogrammen zur CO₂-Einsparung, u.a. durch den **Ausbau des ÖPNV** und des **Schienengüterverkehrs**. Problematisch könnten aus kommunaler Sicht allerdings solche Maßnahmen werden, die zu einer höheren Belastung der kommunalen Haushalte führen. Das gilt für die CO₂-Bepreisung, neue Baustandards oder den Ausbau der Windenergie.

Bei anderen Themen, wie dem **Ausbau der Elektromobilität** und der Digitalisierung der Mobilität, wird es im Endeffekt auf die konkrete Umsetzung ankommen. Ohne eine finanzielle Unterstützung wird es den Kommunen wohl nicht möglich sein, das Verteilnetz so weit auszubauen, dass ohne eine kommunale Mehrbelastung 7 bis 10 Millionen Elektroautos geladen werden können.

Was die Woche sonst noch los war

Fraktionssitzung in Leipzig

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** tagte am Montagabend in **Leipzig**. Anlass war die **Friedliche Revolution vor 30 Jahren** und die **Wiedervereinigung**. Besonders beeindruckt haben mich die Beiträge von Dr. Wolfgang Schäuble und Prof. Dr. Richard Schröder - zwei Männer, die die Wiedervereinigung maßgeblich mitgestaltet haben und uns an ihren Erinnerungen teilhaben ließen.



Doch eines ist klar: Die Friedliche Revolution ist nicht nur der Verdienst einiger weniger, sondern vor allem der **Verdienst der Bürgerinnen und Bürger der DDR**, die über Jahrzehnte hinweg Zivilcourage zeigten und Widerstand gegen die staatliche Diktatur wagten. Wie viele Menschen bei dem **Wunsch nach Freiheit** Repressalien wie Schikanen, Misshandlungen und Inhaftierungen in Kauf genommen haben, dürfen wir nie vergessen. Ebenso wenig diejenigen, die diesen Wunsch mit dem Leben bezahlten.

Kinopolitischer Abend im Zoo-Palast Berlin

Beim **Kinopolitischen Abend** am

Dienstag ging es um die Frage, wie sich die Attraktivität der Kinos sowie die **Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films und des Filmstandorts Deutschland** steigern lassen. Klar ist: Wir wollen die Drehbuch- und Stoffentwicklung stärken, die Filmförderung von Bund und Ländern harmonisieren sowie effizientere Vermarktungsstrategien entwickeln.



Gemeinsam mit Fraktionsvize Gitta Connemann (Foto) und Kulturstaatsministerin Monika Grütters wollen wir auch die **Kinos im ländlichen Raum weiter stärken** und dafür sorgen, dass das **Kino eine Zukunft hat**. Das fünf Millionen Euro starke *Soforthilfeprogramm Kino* wird wegen der starken Nachfrage deswegen um 500.000 Euro aufgestockt.

Parlamentarisches Frühstück mit der IHK Schleswig-Holstein

A20, A21, Elbvertiefung, westlichen Elbquerung - leider hängen viele **Infrastrukturprojekte** im Norden hinterher. Bei der Planung und **Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen** müssen wir sehr viel schneller werden. Nur so stärken wir den Standort Schleswig-Holstein und schaffen Arbeitsplätze in unserer Region. Wie das gelingen und was der Bund tun kann, haben wir mit Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz und Holger Matzen von Voigt Logistik aus Neumünster diskutiert.



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Wichtige Termine in der Woche vom 21.-27. Oktober 2019

Montag, 21. Oktober 2019

Start in eine neue Sitzungswoche in Berlin

Sitzung der CDU-Landesgruppe

Dienstag, 22. Oktober 2019

Sitzungen der **Arbeitsgruppen** Kommunales, Familie sowie Kultur & Medien

Mittwoch, 23. Oktober 2019

Parlamentarisches Frühstück der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin
"Verbesserung der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen"

Sitzungen der **Ausschüsse** Familie sowie Kultur & Medien

Parlamentarischer Abend der Konrad-Adenauer-Stiftung
"Demokratie braucht mehr Frauen"

Donnerstag, 24. Oktober 2019

Sitzung der Gruppe der Frauen

Plenardebatten u.a. zu folgenden Gesetzentwürfen/Themen:

- Gesetz für bessere Löhne in der Pflege (Pflegelöhnerverbesserungsgesetz)
- Antrag der GRÜNEN zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Freitag, 25. Oktober 2019

Plenardebatten u.a. zu folgenden Gesetzentwürfen/Themen

- Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt
- Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerklicher Vorschriften

CDA Boostedt

Verleihung des Bruno-Timm-Preises

Samstag, 26. Oktober und Sonntag, 27. Oktober 2019

Schleswig-Holstein-Tag der Jungen Union in Lübeck

Termivorschau für November

Ob Supermarkt, Apotheke oder Post: In unserem **ländlich geprägten Wahlkreis** ist die **Daseinsvorsorge** ein allgegenwärtiges Thema. Ein entscheidender Punkt ist hier die **Gesundheitsversorgung vor Ort**. Einen Arzt in der Nähe zu haben ist für viele Menschen, ob jung oder alt, entscheidend bei der Frage, wo es sich gut leben lässt. Innovative Neuerungen im Gesundheitsbereich und die **Möglichkeiten der Digitalisierung** bieten eine Chance, die hohe Qualität von medizinischen Leistungen vor Ort zu halten und zu verbessern.



Zu diesem spannenden Thema möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen und lade Sie herzlich zu der Diskussionsveranstaltung:

"Die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung auf dem Land"

am Dienstag, 19. November 2019 um 19 Uhr in das Café Kloenschnack der Ostseeklinik Holm-Schönberg, An den Salzwiesen 1, 24217 Schönberg, ein.

Anmeldungen nehme ich unter melanie.bernstein@bundestag.de gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann

schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.